

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 33 (1953-1954)
Heft: 11

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Zur Lage

Die Wahl von Bundesrat Streuli gibt Anlaß, nochmals kurz auf die Lage nach dem Entscheid vom 6. Dezember 1953 zurückzukommen. Es ergab sich leider im Parlament eine Stimmung, die nicht geneigt war, die erforderlichen Konsequenzen aus diesem bedeutsamen Abstimmungsentscheid zu ziehen. Dies erwies sich in besonderer Weise bei der Spardebatte, wo der Bundesrat einige wohlerwogene Kürzungen an den Subventionen vorgeschlagen hatte. Die Anträge wurden aber im wesentlichen verworfen, und dadurch ergab sich ohne Zweifel neuerdings eine gewisse Wegscheidung zwischen Parlament und Volk. Es ist übrigens in der Presse der am 6. Dezember erfolglosen Gruppierung, vor allem also in den Organen der Linken, neuerdings wieder verschiedentlich Kritik daran geübt worden, wie die Gegner der Vorlage den Abstimmungskampf geführt hätten. Man ist sich nachgerade an diese Argumentationen gewöhnt, denn diese Einwände pflegen jedesmal dann erhoben zu werden, wenn die Linke einen Abstimmungskampf verloren hat. Diese kritischen Betrachtungen richten sich meistens in mehr oder weniger deutlicher Weise gegen Organisationen, welche außerhalb des Parlamentes stehen und nicht mit den politischen Parteien identisch sind. Die Einwände gehen manchmal so weit, daß man solchen Instanzen überhaupt das Recht bestreiten will, auf die ihnen gut scheinende Weise in einen Abstimmungskampf einzugreifen. Die Kritik richtet sich im wesentlichen gegen die *Verbände*. Selbstverständlich besteht nun nirgends ein Rechtstitel, der den Verbänden die Aktivität im politischen Leben bestreiten kann. Diese Aktivität wird übrigens nicht nur auf einer Seite ausgeübt, sondern auf allen Seiten. So hat sich gerade bei der letzten Abstimmung der Schweizerische Gewerkschaftsbund in ganz besonders eindeutiger Weise eingesetzt, eine Bewegung also, die nach ihrer ständigen Versicherung außerhalb der politischen Parteien steht. Man wird aber vergeblich nach einer Kritik dieses Verbandes auf der Linken suchen, vielmehr herrscht hier ein sehr entgegenkommendes Schweigen. Um so mehr richtet sich dann die Kritik eben gegen jene Verbände, die sich die Freiheit nehmen, auf einem anderen Flügel zu stehen. Es wäre vielleicht doch an der Zeit, diese Argumentation, in ihrer völligen Einseitigkeit, wieder etwas zurückzustellen. Bundesrat Feldmann hat vor kurzem in einer öffentlichen Ansprache dieses Problem berührt, und er hat dabei geltend gemacht, daß die Verbände im Laufe der Entwicklung zu fest gegründeten Instanzen unseres öffentlichen Lebens geworden sind und sich aus dem politischen Leben des Landes nicht mehr hinwegdiskutieren lassen. Die Möglichkeit, diese Entwicklung wieder zurückzudrehen, besteht nicht, und es wäre deshalb angemessen, wenn man diesen Verhältnissen im Sinne einer realpolitischen Beurteilung gerecht werden wollte. Im übrigen dürfte nun in nächster Zeit die Diskussion über den weiteren Verlauf der Dinge auf dem Gebiete der Bundesfinanzen in Fluß kommen. Sie wird wohl vorerst die Übergangsordnung zum Gegenstand haben. Festzuhalten ist, daß Bundesrat Streuli in ganz eindeutiger Weise festgestellt hat, er gehe durchaus ohne Vor-

urteile und ohne einen voreingenommenen Standpunkt an die Behandlung der umstrittenen Materie, und man weiß, daß er sein Verständnis für die Erfordernisse der Wirtschaft früher wiederholt bewiesen hat. So steht zu hoffen, daß unter diesen Umständen auch das Sparproblem, das dem Parlament so wenig zu liegen scheint, von neuen Gesichtspunkten aus angepackt wird.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Paris

Der Kongreß von Versailles

Im dreizehnten Wahlgang und am Ende des siebenten Tages hat Frankreich vom Versailler Kongreß einen Präsidenten erhalten. Herr René Coty war bisher noch nicht ins Rampenlicht getreten und trägt seinen Sieg mehr oder weniger als Outsider davon. Aber die Eingesessenen im Parlament kennen und schätzen seit langem seine bewährten Vorzüge. Mit Erleichterung hat denn auch Frankreich von der erfolgreichen Beendigung des langwierigen Spiels der Präsidentenwahl Kenntnis genommen und konstatiert befriedigt, daß sein neuer Präsident wie schon dessen Vorgänger ein weiser, erfahrener, über den Parteien stehender Mann ist. Er besitzt die Qualitäten eines Staatsoberhauptes, das nicht die Aufgabe hat, zu trennen, sondern zu einigen. Schon immer hat sich Herr Coty für Verfassungs- und Wahlprobleme interessiert, und niemand kennt die Schäden des Regimes besser als er; gleich der großen Mehrheit der Franzosen möchte er sie ausgemerzt sehen. Von allen Blickpunkten aus bestätigt sich die Wünschbarkeit einer Reform, welcher allerdings die Modifizierung des Wahlgesetzes vorausgehen haben wird, nachdem die Erfahrung gezeigt hat, daß die jetzige proportionale Volksvertretung die Vorherrschaft der Parteien begünstigt und der Regierung den Boden unter den Füßen wegzieht.

Nach einer Woche peinlicher Unentschiedenheit hat unerwartet der gesunde Menschenverstand gesiegt und das Unbehagen zerstreut, das Frankreich vor dem nicht sehr erbaulichen Versailler Schauspiel ergriffen hatte. Da waren Unduldsamkeit und Selbstsucht, diese Feinde des Gedeihens eines Staates, in grellem Licht in Erscheinung getreten. Herr Laniel hat dieser Koalition tapfer standgehalten und mit seiner Hartnäckigkeit die Wahl des unabhängigen und gemäßigten Senators ermöglicht, der schließlich das Stimmenmehr auf sich zu vereinigen vermochte. So paradox es klingt — man darf feststellen, daß die Präsidentschaft des Elysée aus der Verwirrung des verflossenen Dezembers gefestigt hervorgegangen ist und sich als die einzige stabile Institution erwiesen hat, der sich deshalb, als die Politik zu versagen schien, die Gemüter der beunruhigten Franzosen zuwendeten.

Inzwischen ist André Le Troquer dank der kommunistischen Stimmen als Nachfolger Herriots zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt worden. Möglicherweise wird diese Wahl ernste Schwierigkeiten innerhalb der Regierung nach sich ziehen.

Bedenken um die E. V. G.

Das Jahr 1954 eröffnet unter einem wolkenverhangenen Himmel; Präsident René Coty hat es in seiner ersten Ansprache selber zugegeben. Jedoch wo Schatten sind, muß auch Licht sein, und keine Politik ist unabwendbar schicksalsmäßig vorausbestimmt. Für Frankreich geht es heute darum, unter allen Umständen ein plötzliches Abrutschen in jene «Umkehrung der Bündnisse» zu ver-

meiden, von der André Siegfried in seinem aufsehenerregenden Artikel im «Figaro» gesprochen hat. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß der französische Premierminister mit leeren Händen zur internationalen Bermudakonferenz reisen mußte, weil das Parlament nicht imstande gewesen war, zum voraus eine klare politische Linie festzulegen. Diese Entschlußunfähigkeit bedroht Frankreichs Stabilität, die infolgedessen häufig als gefährlich unsicher bezeichnet wird. Bekanntlich hat der französisch-sowjetische Pakt aus dem Jahr 1944 die atlantischen Abmachungen überlebt, und die französische Diplomatie wagt in Anbetracht so gegensätzlicher Bindungen zu keiner Entscheidung zu gelangen, so unerbittlich die Umstände eine solche auch fordern. Unter diesen Verhältnissen kommt der von neun gemäßigten Parlamentariern vor kurzem hinter dem eisernen Vorhang in Polen ausgeführten Reise erhöhte Bedeutung zu. Edouard Daladier war mit dabei; ebenso — was nicht geringes Erstaunen hervorrief — die Herren Soustelle und Loustaunau-Lacau. Die kleine Expedition wollte die Berechtigung der Oder-Neisse-Grenze an Ort und Stelle prüfen. Vor nicht langer Zeit hatte General de Gaulle an einer Pressekonferenz einer erneuten Annäherung an Moskau das Wort geredet. Und jetzt widmete unmittelbar nach seiner Rückkehr der getreue Gaullist Jacques Soustelle in einer Botschaft der Erinnerung an die Unterzeichnung des franko-sowjetischen Abkommens warme Worte; de Gaulle freilich brandmarkt die Kommunisten weiterhin als «Separatisten».

Dilemma der französischen Politik

Gelegentlich fragt man sich, inwieweit die Politik Frankreichs, weil sie ihre Kraft nicht aus einem einheitlichen nationalen Willen schöpfen kann, von Entscheidungen und Ereignissen abhängt, die sich einer Kontrolle entziehen. Wenn die heutigen Finanzstützen zusammenbrächen, die amerikanischen Subventionen (um das Ding beim Namen zu nennen) entzogen oder auch nur reduziert würden, so wäre das ganze wirtschaftliche Gleichgewicht zerstört, und Frankreich stünde vor einer tragischen Leere. Man begreift die Besorgnis zahlreicher Franzosen, welche sich von dem Ultimatum Rechenschaft geben, vor das sich die französische Politik gestellt sieht: Dauerhilfe von den USA, natürlich mit allen ihren Konsequenzen, oder Erneuerung des franko-sowjetischen Bündnisses. Die neutralistischen Kreise haben ihre Wahl bereits getroffen, das steht außer Frage. Begierig, auf den Märkten des Ostens Geschäfte zu tätigen — jede Möglichkeit neuer Kontrakte muß selbstverständlich in Betracht gezogen werden —, sind sie schon heute politisch nach den Sowjets hin orientiert. Eine hemmungslose Propaganda versucht der französischen öffentlichen Meinung beizubringen, Rußland, das erobderungslustige revolutionäre Rußland, habe mit einem Male seine Tendenzen geändert und unternehme — nach dem Ausdruck einer großen Abendzeitung — «eine Revolution in der Revolution» —, als stünde in der USSR der Anbruch einer demokratischen Ära unmittelbar bevor. Glücklicherweise glaubt Frankreich im ganzen keineswegs an diesen angeblichen Umschwung der sowjetischen Politik; es sucht im Gegenteil Aufklärung und will lieber unangenehme Wahrheiten hören als willkürliche Behauptungen, denen es nicht trauen darf. Vor allem muß es erkennen lernen, daß der Gegensatz «europäisch» und «antieuropäisch» nicht allein den Ausschlag gibt und daß ein europäischer Zusammenschluß von Völkern, die ihrer nationalen Kräfte sicher sind, durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt. Wer verständig und ruhig zu den Franzosen spricht, der wird gewiß fast einmütigen Beifall finden.

Pinay oder Mendès-France

Kluge Männer aus Zivil- und Militärkreisen sehen die Lösung der westlichen Schwierigkeiten auf einer Mittellinie zwischen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Wiederaufrichtung einer autonomen und unkontrollierten Wehr-

macht. Voraussichtlich könnten also neue Vorschläge, die das Nationalgefühl berücksichtigten, genügend Gegner der E. V. G. zurückgewinnen, um die große Majorität zu bilden, der es gelingen sollte, die Legislative zur Annahme einer Übergangsformel zu veranlassen. Man bemüht sich, diese jetzt nicht mehr in einer Integrierung zu suchen, sondern vielmehr in einer schon zu Friedenszeiten zu treffenden militärischen Vereinbarung mehrerer Länder, woraus man sich im Kriegs-falle größere Schlagkraft verspricht. Durch eine solche Formel wäre die Garantie gegeben, daß die politische Gewalt über die verbündeten Kräfte in den Händen der Regierungsoberhäupter der beteiligten Nationen verbliebe. Die feindselige Haltung gegen die E. V. G. in Frankreich erklärt sich daraus, daß die einen — das heißt die Kommunisten und ihre Verbündeten, die Neutralisten — den Atlantischen Pakt wie überhaupt das Prinzip eines westlichen Zusammenschlusses ablehnen, während andere sich in beschränktem Chauvinismus jeder Wiederaufrüstung Deutschlands als den Frieden Europas gefährdend entgegensetzen. Immerhin, durch solche engen, ängstlichen und unfruchtbaren Auffassungen hindurch scheint ein Teil der Volksmeinung nun doch allmählich das wesentliche Erfordernis erkannt zu haben, nämlich die Notwendigkeit, das deutsche Potential der Verteidigung des Westens einzugliedern; dabei darf natürlich die Unabhängigkeit der in gleicher Sache zusammengeschlossenen Nationen nicht angetastet werden. Welches aber auch in Zukunft das Schicksal der E. V. G. sein möge, der Beweis dafür ist erbracht, daß ohne eindeutige Außenpolitik keine Innenpolitik zu machen ist, sei sie neosozialistisch oder liberal, trage Pinay oder trage Mendès-France die Fahne voran.

Einem Kompromiß in Indochina entgegen

Werden sich aber die äußeren Ereignisse in ihrem Ablauf nach den Wünschen des Parlaments richten? In Indochina überstürzen sie sich. Die französische Regierung hat allem Anschein nach auf eine Gewaltlösung verzichtet. Das Expeditionskorps verhält sich defensiv. Direkte Hilfe von den Amerikanern — Unterstützung mit Truppen — ist im jetzigen Zeitpunkt ausgeschlossen. Die Bedeutung der gegenwärtigen Offensive des Vietminh liegt auch wohl mehr im Psychologischen als im Strategischen. Es hat keinen praktischen Wert, festzustellen, daß Indochina entzweigerissen ist, nachdem man ja weiß, daß seit langer Zeit der Norden und der Süden des Landes nur mehr per Schiff oder per Flugzeug miteinander verkehren. Ho Chi Minhs gegenwärtige Ziele scheinen vornehmlich politischer Natur zu sein. Er sucht nicht so sehr militärische Entscheidungen herbeizuführen als vielmehr das Wasser zu trüben, indem er die Spaltungen innerhalb des Vietnam begünstigt — wo es dem Prinzen Buu Loc nicht ohne Mühe gelungen ist, ein Kabinett zu bilden —, und im internationalen kalten Krieg den Vorteil wieder an sich zieht. Die Vietminh gehen nicht auf die Eroberung des unbedeutenden Thakhek aus, noch auf diejenige des nicht einnehmbaren Dien-Bien-Phu, und noch viel weniger liegt ihnen an einem Kampfe um das stark befestigte Hanoi. Die Festung, die sie mit ihren gewaltigen Operationen bezwingen möchten, ist — der Widerstand der französischen Volksmeinung. Die Möglichkeit eines direkten Meinungsaustausches mit Ho Chi Minh scheint in die Nähe zu rücken. Es ist anzunehmen, daß dieser über zuverlässigere und diskretere Mittel verfügt, um sich der französischen Regierung zu nähern, als die bisher von ihm angewendeten: das Interview einer schwedischen Zeitung und Erklärungen am Radio. Allein ein solcher Meinungsaustausch erfordert die vorgängige Erfüllung gewisser Bedingungen. Dementsprechend spielt momentan hinter den Kulissen eine vorsichtige diplomatische Partie, die Verhandlungen sowohl in Paris wie im Fernen Osten voraussehen läßt. Niemand ist am Zustandekommen dieser Verhandlungen lebhafter interessiert als das kommunistische China.

Jean de Saint-Chamant